

# OSTTIROLER HEIMATBLÄTTER

Heimatkundliche Beilage des „Osttiroler Bote“

Nummer 10/1997

65. Jahrgang

Martin Kofler

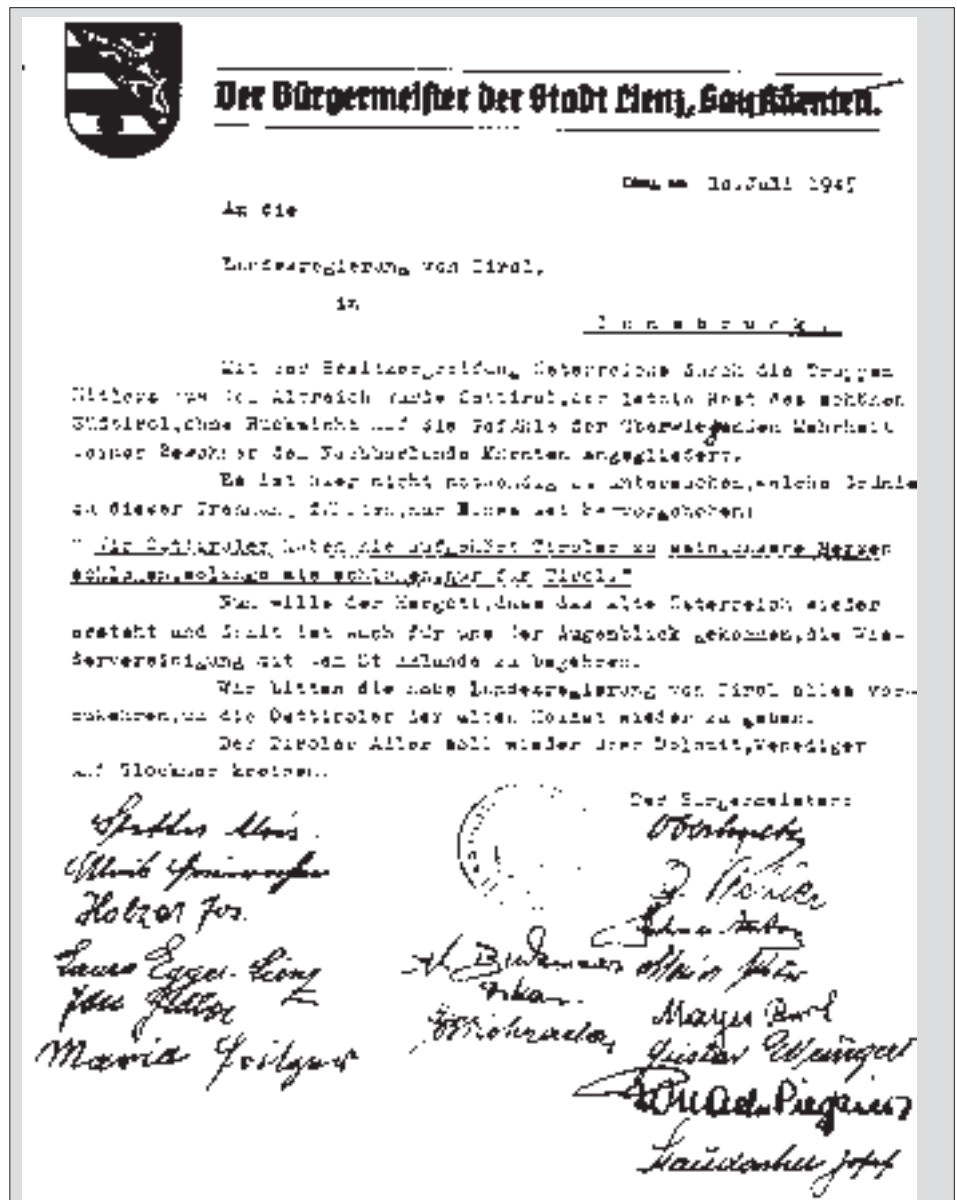
## Vor 50 Jahren: Die Rückkehr Osttirols zum „Heimatland“ Tirol

Im Herbst 1997 jährte sich zum 50. Mal die „Heimkehr“ Osttirols zum Bundesland Tirol.<sup>1</sup> Der Terminus der „Heimkehr“ bezieht sich dabei auf das britisch-französische Einverständnis vom 26. September 1947 zur Rückgliederung des seit 1938 von Kärnten verwalteten Bezirkes Lienz an Tirol. Dem folgte wiederum eine große Wiedervereinigungsfeier der beiden Landesteile Ost- und Nordtirol am 19. Oktober 1947 in Lienz. Dieses Gesamtereignis ist der älteren Generation noch sicher in Erinnerung, dürfte den Jüngeren aber höchstens vage bekannt sein.

Die folgende Studie<sup>2</sup> ist in drei Abschnitte unterteilt: die Bemühungen um die Rückkehr 1945 bis 1947, die unmittelbare „Heimkehr“ Osttirols zu Tirol im Herbst 1947 und die durchgeführte Rückgliederung 1947 bis 1949/56.

### I. Langwierige Bemühungen 1945 bis 1947

Zunächst ist kurz zu analysieren, warum und wie Osttirol 1938 Teil des „Gaus Kärnten“ wurde und bis 1945 blieb. Im Rahmen der Neueinteilung Österreichs durch die NS-Machthaber wurde Osttirol im Schnellverfahren bald nach dem „Anschluß“ zu Kärnten geschlagen. Auf verschiedene Gerüchte und daraus resultierende Bittschreiben aus Osttirol an den „Führer“ und nach Wien folgte sogleich Gewißheit. Bereits mit 23. Mai 1938 wurde der „Kreis Lienz“ dem „Gau Kärnten“ unter Gauleiter Hubert Klausner angegliedert. Am 6. Juli bestimmte ein Erlaß des „Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, Josef Bürckel, die politische und staatlich-verwaltungsmäßige Zuteilung an Kärnten. Der Gauleiter von Tirol-Vorarlberg, Franz Hofer, zog in der Folge noch alle Register, um eine Revision der Entscheidung zu erreichen, beugte sich aber schließlich der Entscheidung Bürckels. Mit einer „einstweiligen Anordnung“ Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquarts am 27. Juli war die Zuteilung Osttirols an Kärnten vollzogen, was durch das



Petition der Stadt Lienz um Wiedervereinigung des Bezirkes mit dem Bundesland Tirol vom 10. Juli 1945 mit der Unterschrift zahlreicher prominenter Persönlichkeiten. Gemeinsam mit ähnlichen Schreiben der übrigen Gemeinden des Bezirkes wurde sie am 11. Juli 1945 an die Tiroler Landesregierung gesandt. (Original im Tiroler Landesarchiv, Innsbruck)



Wiedervereinigungsfeier in Lienz am 19. Oktober 1947. Als Festplatz diente der Sportplatz an der Pustertaler Straße.  
Foto: Dina Mariner, Lienz

„Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938“ praktisch endgültig abgesegnet wurde. Während die Angliederung an Kärnten offiziell mit der isolierten geographischen Lage des Bezirkes begründet wurde, spricht doch einiges für sich, daß Adolf Hitler selbst, mit Hinblick auf seinen Verbündeten Benito Mussolini, „Osttirol“ als Mahnmal an das zerrissene Tirol und als Rest Südtirols eliminieren wollte.

Mit seinem Machtzuwachs im Laufe des Krieges versuchte Hofer 1943/44 neben Südtirol auch Osttirol wieder in seine Reichweite zu bringen und besuchte aus Anlaß des 2. Kreisschießens im Juni 1944 sogar Lienz. Dabei dankte er dem anwesenden Gauleiter von Kärnten, Friedrich Rainer, der „Osttirol“ erneut als „Bindeglied“ zwischen den beiden Gauen bezeichnete.<sup>3</sup>

Kurz nach Kriegsende informierten die maßgeblichen Osttiroler Politiker Innsbruck vom sehnlichen Wunsch auf baldige Rückgliederung des Bezirkes an Tirol. In der ersten Phase dieser Entwicklung von Mai bis Dezember 1945 waren zwei Faktoren förderlich: zum einen die Zugehörigkeit Osttirols zur Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch während der gesamten NS-Zeit, zum anderen die Integration Osttirols in den neu organisierten Tiroler Bauernbund.<sup>4</sup>

Am 11. Juli 1945 übersandte der Bezirkshauptmann von Lienz, der NS-Verfolgte und Widerständler Theodor Hibler, eine große Sammlung an Schreiben der Osttiroler Bürgermeister und von Privatpersonen an den Provisorischen Landeshauptmann Karl Gruber. Deren Kern bildeten die gegen den Willen der Bevölkerung 1938 durchgeführte und als „Gewalttat Hitlers“ bezeichnete Zuteilung Osttirols an Kärnten und besonders das innige Verlangen auf baldige Rückkehr des Bezirkes zu Tirol. Auch mit Kritik an der „Kärntner Naziherrschaft“ wurde nicht gespart. Hibler betonte außerdem die Hoffnung, „mit unserem lieben Südtirol wieder in unserem Mutterlande vereint zu sein“.<sup>5</sup> Grubers Antwort zwei Wochen später drückte „Genugtuung“

aus, wobei „diese Wiedervereinigung als eine Selbstverständlichkeit“ gesehen werde. Er erwähnte auch die bereits beschlossene Erweiterung der provisorischen Landesversammlung um vier Osttiroler Mandatare.<sup>6</sup> Der Beschluß der Landesregierungssitzung vom 16. Juli sah außerdem elf zusätzliche Südtiroler Abgeordnete vor.<sup>7</sup> Vor dem Hintergrund der großen Südtirol-Kundgebungen in Tirol Anfang September 1945 meinte der Tiroler Landesamtsdirektor und frühere Osttiroler Bezirkshauptmann Franz Kundratitz in einem privaten Brief an Hibler, daß die Rückgliederung Osttirols „einheitlich“ mit der erhofften Rückgliederung Südtirols stattfinden könnte. Man wolle die Frage des Bezirkes Lienz aber nicht „auf die lange Bank“ schieben, doch die Abgelegenheit und die unterschiedliche Besatzung bereiteten Probleme. Man werde aber die Osttiroler „weder vergessen, noch auslassen“.<sup>8</sup>

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung sollte die Regelung der Tiroler Landtagswahlen bringen, die zusammen mit den Nationalratswahlen am 25. November 1945 durchgeführt wurden und bei denen man die Osttiroler Stimmen bereits zum Tiroler Ergebnis zählte. Die gewählten Landtagsabgeordneten des Bezirkes hatten ihren Arbeitsplatz aber vorläufig in Klagenfurt!<sup>9</sup> Außenminister Gruber hatte mit der britischen Besatzungsmacht generell vereinbart, daß Osttirol weiterhin verfassungsmäßig bei Kärnten bleiben solle, „bis eine Lösung mit Südtirol erreicht“ sei und daß die dortigen Mandatare vor der „Rückgabe Südtirols“ eben nicht an den Sitzungen in Innsbruck teilnehmen sollten.<sup>10</sup> Die Tiroler Volkspartei hatte bei den Landtagswahlen eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht; die Sozialisten lagen mit knapp über 25 % auf Platz zwei, wo hingegen die Kommunisten mit nur 2,2 % der Stimmen weit abgeschlagen und im Landtag gar nicht vertreten waren. In Osttirol dominierte die Volkspartei mit fast 82 % (!) noch deutlicher, gefolgt von der SPÖ mit 17,2 % und der KPÖ mit 1,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen.<sup>11</sup>

In der ersten Sitzung des neugewählten Tiroler Landtages am 11. Dezember sprach der Bauer Franz Kranebitter im Namen der übrigen Osttiroler Vertreter, der Bauern Anton Rainer und Jakob Annenwarter sowie des Bundesbahnpensionisten Alois Lugger, und betonte die politische Heimkehr des Bezirkes als erste Stufe der ersehnten Wiedervereinigung sowie den „Wermutstropfen“ Südtirol. Annenwarter beklagte, daß die Osttiroler Mandatare, gewählt für Tirol, jedoch mit Sitz in Klagenfurt, „in der Luft“ hingen.<sup>12</sup> Wenn auch die Klagenfurter Stellen die Verwaltungs- und Vollzugsrechte ausübten, so konnte doch die Rechtsgleichheit zwischen Tirol und Osttirol hergestellt werden, wonach ab 1. Jänner 1946 Tiroler Landesgesetze und Tiroler Landesregierungsbeschlüsse auch im Bezirk Lienz Gültigkeit besaßen.<sup>13</sup> Der verwaltungsrechtliche Instanzenweg sollte von der Bezirkshauptmannschaft Lienz direkt an die Tiroler Landeshauptmannschaft gehen, welche ihre Bescheide wiederum der Landeshauptmannschaft in Klagenfurt mitteilte, von wo die Durchführung in Lienz veranlaßt wurde. Einzig in Fragen des Landwirtschafts- und Ernährungsamtes war ausschließlich Kärnten zuständig.<sup>14</sup>

Die zweite Phase bis zum Herbst 1946 bestimmten erste Tätigkeiten des eigens berufenen Landesbeamten Franz Kundratitz, besonders für die Rechte der Osttiroler Landtagsabgeordneten, und die Dominanz der Südtirolproblematik. Bereits am 1. Feber 1946 vermeldete die neu gegründete Bezirkszeitung, der Osttiroler Bote, die Betrauung des provisorischen Landesamtsdirektors und Bezirkshauptmannes von Lienz 1927 bis 1936, Franz Kundratitz, mit der Rückgliederung Osttirols. Als höchster Beamter des Landes folgte ihm übrigens sein Vorgänger als Lienzer Bezirkshauptmann Erich Kneussl nach.<sup>15</sup> Als „Sonderbeauftragter“ bzw. „Referent für die Rückführung Osttirols“ wurde Kundratitz zum entscheidenden Verbindungsmann zwischen Innsbruck und Lienz. Am gleichen Tag, also dem 1. Feber, beschloß der Tiroler Landtag aufgrund der ungeklärten Stellung der vier Osttiroler Abgeordneten deren dreimonatige Beurlaubung ab 1. März, unter der Voraussetzung ihrer Mandatsausübung in Klagenfurt. Doch im Kärntner Landtag wurden die vier ÖVP-ler aus dem Bezirk Lienz als „Gäste“ ohne Stimmrecht eingestuft, sodaß man sie wieder nach Innsbruck einlud.<sup>16</sup> Ein Antrag der Kärntner ÖVP-Fraktion am 29. März auf Gleichstellung der Osttiroler Parteikollegen, der den Mandatsgleichstand mit der SPÖ bewirkt hätte, wurde von den Sozialisten abgeschmettert.<sup>17</sup>

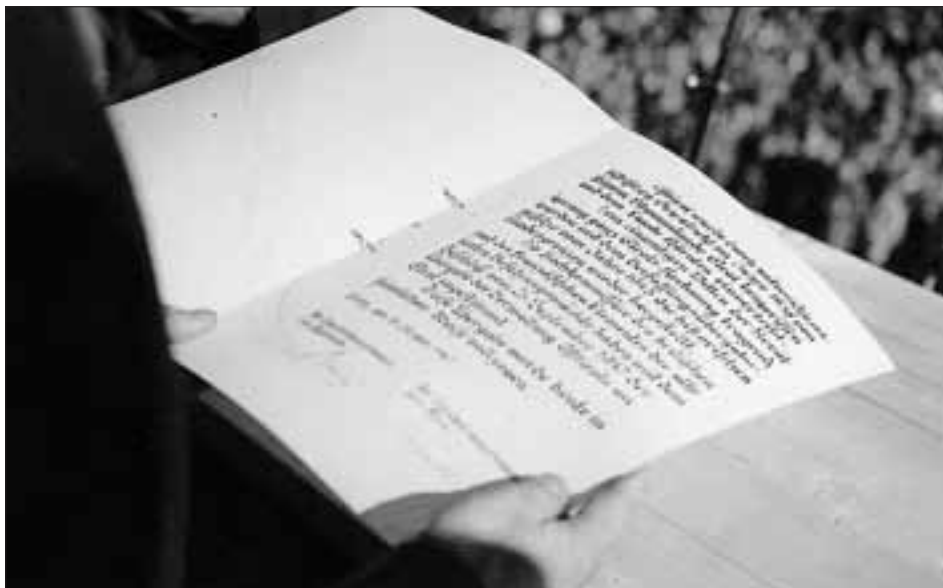
Die Südtirol-Frage, der das Hauptinteresse Österreichs und Tirols galt, ging 1946 in die entscheidende Runde. Auch in Osttirol setzte man sich vehement für die Rückkehr des abgetrennten Landesteiles ein, aber nicht ohne auf das eigene Schicksal aufmerksam zu machen. Mit der Gründung des Osttiroler Bote Anfang des Jahres hatte man sich neben der Ernährungssicherung besonders dem Thema „Südtirol“ verschrieben. Dies zeigte „plastisch“ der halbe Tiroler Adler



am Titelblatt der ersten drei Ausgaben der Zeitung, der für das zerrissene Tirol stand und von den Briten sogleich verboten wurde.<sup>18</sup> Nach der Ablehnung der Rückkehr Südtirols durch die Alliierten Anfang Mai 1946 verfolgte die österreichische Regierung unter Außenminister Gruber als Teilversuch die Rückgabe des Südtiroler Pustertales. Die politischen Vertreter Osttirols forderten in einer Resolution vom 11. Mai die Bundesregierung auf, neben ihren Bemühungen um Südtirol „auch auf Osttirol nicht zu vergessen“. Diese Resolution wurde aber erst Anfang Juni, rund zehn Tage nach einer Südtirol-Großkundgebung in Lienz, veröffentlicht.<sup>19</sup> Die „Pustertallösung“ mißfiel den Alliierten ebenfalls, sodaß die Südtirol-Frage am 5. September im „Gruber – De Gasperi-Abkommen“ „abgeklärt“ wurde.

Sodann gingen die Osttiroler Rückgliederungsbemühungen in eine dritte und letzte Phase, die vor allem von starkem britischen Widerstand bestimmt war, ehe schließlich Ende September 1947 doch ein Übereinkommen zustande kam. Zunächst nahm das Bundeskanzleramt (BKA) im Einvernehmen mit der Tiroler Landeshauptmannschaft Fühlung zu den Briten auf,<sup>20</sup> die aber sehr ablehnend reagierten. Der Leiter der politischen Abteilung des britischen Elementes im Alliierten Rat, N. J. A. Cheetham, teilte Baron Seiller vom BKA Ende 1946 mit, daß der britische Gesandte William B. Mack Außenminister Gruber erklärt habe, daß gegen die Rückkehr Osttirols zu Tirol prinzipiell nichts einzuwenden sei. Es bestünde aber allerdings ein Problem für die britischen Verbindungsoffiziere, falls ihre höchste österreichische Landesbehörde in Innsbruck und damit in der französischen Zone liegen würde. Deshalb wäre es angenehmer, wenn die Rückgliederung „vorläufig zurückgestellt“ („could be delayed for the time being“) würde.<sup>21</sup>

Da es mit dem Osttiroler Stimmrecht im Kärntner Landtag nicht klappte, ergriff Landeshauptmann Weißgatterer andere Schritte. Nachdem sich die ÖVP-Bezirksleitung Lienz eingeschaltet hatte, wandte er sich, nach einem nicht beantworteten Schreiben von Mitte 1946 (!), Anfang 1947 erneut an den Kärntner Landeshauptmann Piesch, um für das Stimmrecht wenigstens bei Osttirol betreffenden Kärntner Finanzhaushaltsangelegenheiten einzutreten. Zu-



*Blick auf die Urkunde, die von den Landeshauptleuten von Tirol und Kärnten unterzeichnet worden ist. Das Original der Urkunde ist – wie auch das Kärntner Exemplar – zur Zeit verschollen.*  
Foto: Dina Mariner, Lienz

gleich bat er Bundeskanzler Leopold Figl in einem Schreiben, seinen Einfluß „in dieser auf die Dauer unhaltbaren Situation“ geltend zu machen. Die Gegenvorschläge des Bundeskanzlers – ein Verfassungsgesetz, das Osttirol vorübergehend Kärnten zugeteilt hätte oder ein beratender Status der Osttiroler Abgeordneten – waren aber nicht nach Weißgatterers Geschmack. Er setzte nunmehr auf die Idee, Franz Kundratitz als definitiven Verbindungsmann zu den britischen Stellen einzusetzen und hatte auch die Absicht, vom Staatsnotrecht Gebrauch zu machen. Letzteres erregte wiederum das große Mißfallen des BKA, doch der Kundratitz-Vorschlag wurde aufgegriffen und in einer neuerlichen Note an Cheetham im April 1947 vorgebracht.<sup>22</sup>

Einen Monat später erfolgte die nächste britische Ablehnung mit der Begründung, daß die frühere Entscheidung nicht aufgehoben werden könne, „daß nämlich auf die Dauer der Besetzung die Rückgliederung dieses Bezirkes undurchführbar“ („impracticable“) sei.<sup>23</sup> Trotzdem drängte Außenminister Gruber, auf Ersuchen der Osttiroler Landtagsabgeordneten Kranebitter, Annawanter und Lugger sowie der Tiroler Landesbauernkammer, beim britischen Gesandten Mack schon wieder am 10. Juni auf die Bereinigung der Ange-

legenheit.<sup>24</sup> Bezüglich Anweisungen von Innsbruck nach Lienz hatte die Landesamtsdirektion in Innsbruck den Tiroler und Kärntner Stellen am 5. Feber bereits mitgeteilt, daß entsprechende Verfügungen ohne Kopf und Unterschrift auszustellen und an das Amt der Kärntner Landesregierung zu übersenden seien. Dort würden sie formell ausfertigt und als Kärntner Verfügung nach Osttirol abgehen.<sup>25</sup>

## II. Herbst 1947: Endlich „heimgekehrt“

Der August 1947 sollte das Einlenken der Briten bringen, die noch Mitte Juli einer Rückgliederung Osttirols nicht zugestimmt hatten.<sup>26</sup> Zunächst traf Bundeskanzler Figl, der seine Familie vom Urlaub in Matrei abholen wollte, Anfang August in Osttirol ein. Vom neuen Nationalratsabgeordneten Franz Kranebitter wurde er besonders auf die „Herzenssache“ der Wiedervereinigung der beiden Landesteile angesprochen.<sup>27</sup> Vom 15. bis 18. August hielten sich Weißgatterer und Landwirtschaftsminister Josef Kraus im Bezirk Lienz auf. Dabei sagte der Chef-Offizier für Zivilangelegenheiten in Klagenfurt, Oberst Stimson, dem Tiroler Landeshauptmann seine Hilfe bezüglich der Rückkehr Osttirols zu.<sup>28</sup> Am 18. August vereinbarten Vertreter der Tiroler und Kärntner Landesregierungen in Klagenfurt, eine Übergangslösung für den Bezirk Lienz anzustreben, nach welcher der verfassungsmäßige Zustand der Zugehörigkeit Osttirols zu Tirol hergestellt werden sollte. Beide Seiten beteuerten außerdem den Wunsch nach Beibehaltung der Besetzung.<sup>29</sup>

Zehn Tage später war dieses Übereinkommen aber bereits überholt. Am 28. August 1947 teilte der britische Hochkommissar James Steele seinem französischen Kollegen Emilé Bethouart mit, „jetzt“ in der Lage zu sein, der Rückkehr Osttirols unter Tiroler Verwaltung bei bleibenden Zonengrenzen zuzustimmen. Doch etwa öffentliche Sicherheit und Grenzsperrzone würden weiterhin von den britischen Behörden sowie dem Kärntner

*Feierliche Verlesung der Urkunde durch Walter Unterweger; rechts im Bild der Tiroler Landeshauptmann Dr. Ing. Alfons Weißgatterer.*



Foto: Dina Mariner, Lienz

Sicherheitsdirektor kontrolliert werden.<sup>30</sup> Dieser Meinungsumschwung auf britischer Seite ist wohl auf das massive österreichische Drängen der verschiedensten Stellen zurückzuführen, doch darf man auch einen anderen Aspekt nicht außer acht lassen: die Beendigung des Kriegszustandes Großbritanniens mit Österreich am 16. September 1947.<sup>31</sup> Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, zu der sich London eben Ende August entschlossen haben könnte, erfolgte dabei zehn Tage bevor die beiden Hochkommissare ein Übereinkommen zur Rückführung Osttirols in die Tiroler Verwaltung trafen. Der Kalte Krieg als Großszenario und damit ein Ausgleich zwischen Briten, Franzosen und Österreichern spielte wohl ebenfalls eine Rolle.

Die Steele-Bethouart-Regelung vom 26. September 1947 stand am Beginn des eigentlichen Rückgliederungsprozesses in allen Belangen. Sie bestimmte bei gleichbleibenden Besatzungszonengrenzen die weiterhin bestehende Gültigkeit der britischen Militärgesetzgebung in Osttirol sowie der dortigen Zuständigkeit der britischen Behörden bzw. der jeweiligen Kärntner Stellen, insbesondere in Fragen der öffentlichen Sicherheit, Grenzsperrzone, versetzten Personen und des Verkehrs. Die Finanzverwaltung wurde dagegen den Franzosen unterstellt.<sup>32</sup>

Tirolerseite wurde gefeiert. Am 18. Oktober fand eine außerordentliche Sitzung der Kärntner und der Tiroler Landesregierungen in Klagenfurt statt,<sup>33</sup> und am 11. November trat der Tiroler Landtag zu einer Sondersitzung zusammen.<sup>34</sup> Die große Wiedervereinigungsfeier der beiden Landesteile ging am 19. Oktober 1947 über die Bühne. Mehrere tausend Personen nahmen am Festgottesdienst auf dem alten Sportplatz an der Pustertaler Straße in Lienz teil, der von Bischof Paul Rusch zelebriert wurde. Nach mehreren Reden, u. a. vom Osttiroler Nationalratsabgeordneten Franz Kranebitter, setzten die Landeshauptleute von Tirol und Kärnten, Alfons Weißgatterer und Ferdinand Wedenig, ihre Unterschriften unter die Wiedervereinigungsurkunde. Damit wurde, wie es im Dokument einleitend hieß, der NS-„Gewaltakt“ von 1938 annulliert.<sup>35</sup>

### III. Die Umsetzung der Rückgliederung 1947 bis 1949/56

Parallel zu den Feierlichkeiten lief hinter den Kulissen der Änderungsvorgang unter den österreichischen Kompetenzen schon längst auf Hochtouren. Einer bereits am 4. September (!) abgehaltenen interministeriellen Besprechung folgend, wandte sich das BKA in einem Rundschreiben Ende September an alle betroffenen Stellen, um eine eheste Herausgabe der betreffenden Verfügungen durch die einzelnen Ressorts einzufordern.<sup>36</sup> Auf Tiroler Seite zeichnete für den Rückgliederungsprozeß, zu dessen Abschluß der 1. Jänner 1948 ins Auge gefaßt wurde, der Gemeindereferent der Tiroler Landesregierung und spätere Langzeit-Bürgermeister von Innsbruck, Landesrat Alois Lugger, verantwortlich.<sup>37</sup> Auf Kärntner Ebene bestimmte ein Erlaß Wedenigs das Übergehen aller Agenden mit Jahresanfang auf Tirol – mit Ausnah-

me der öffentlichen Sicherheit, Rückführung der Reichsdeutschen, DP's, des Grenzsperrgebietes sowie des alliierten und deutschen Eigentums.<sup>38</sup>

Die Durchführung der in der Folge gerafft dargestellten Maßnahmen sollte aber teilweise mehrere Jahre auf sich warten lassen. Die Übergabe der Gerichtsbezirke Lienz und Matrie in Osttirol vom Oberlandesgericht Graz bzw. Landesgericht Klagenfurt an Innsbruck konnte nach einigen Schwierigkeiten doch mit Anfang 1948 durchgeführt werden. Erst Mitte 1949 stimmten die Briten der Übertragung der Zuständigkeit des Deutschen Vermögens in Osttirol von Klagenfurt an Innsbruck zu, verweigerten dies aber beim Sicherheitswesen. Nach längerem Hin und Her veranlaßte Innenminister Oskar Helmer mit 1. Oktober 1950 zumindest die organisatorische Rückunterstellung der Osttiroler Gendarmeriedienststellen unter das Landesgendarmeriekommando für Tirol.<sup>39</sup> Ende 1949 war auf Beschluß der Tiroler Landesregierung das „Referat für Osttirol“ aufgelassen und Kundratitz abberufen worden.<sup>40</sup>

Mit seiner Forderung nach Eingliederung Osttirols in den Bereich der Bundesbahndirektion Innsbruck (und damit weg von Villach) hatte der Tiroler Landeshauptmann Alois Grauß 1955 keinen Erfolg. Ein Jahr später erreichte er aber die truppenmäßige Rückunterstellung der Bundesheergarnison Lienz vom Brigadebereich Klagenfurt/Heeresgruppenbereich Graz an die 6. Brigade Innsbruck.<sup>41</sup>

#### Anmerkungen:

- Zu bisherigen Jubiläen siehe: Hans Waschgl, Vor drei Jahrzehnten: Heimkehr Osttirols, in: Osttiroler Heimatblätter 45 (1977), Nr. 10; Heinz Wieser, Heimkehr Osttirols vor 40 Jahren, in: Osttiroler Bote (OB), 15. 10. 1987, S. 60 f; ders., Heimkehr Osttirols vor 45 Jahren, in: OB, 15. 10. 1992, S. 1 f.
- Dieser Beitrag ist Teil meines Aufsatzes zur politischen Geschichte Osttirols 1945 bis 1995, der im Rahmen des Großprojekts der Salzburger Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek zur Erforschung der Geschichte der österreichischen Bundesländer nach 1945 in einem eigenen Tirol-Band Ende 1998 erscheinen wird. Zu bisherigen Darstellungen der Rückkehr Osttirols 1945 bis 1947 siehe: Josef Riedmann, Das Bundesland Tirol 1918 bis 1970 (Geschichte des Landes Tirol 4/II), Bozen-Innsbruck-Wien 1988, S. 1229 ff; Martin Kofler, Osttirol im Dritten Reich 1938 bis 1945, Innsbruck-Wien 1996, S. 242 ff.
- Ebd., S. 92 bis 98, 220 bis 224.
- Oskar Hohenbruck, 50 Jahre Tiroler Bauernpolitik. Geschichte des Tiroler Bauernbundes 1904 bis 1954, o. O. 1954, S. 109f.
- Hibler an Gruber, Lienz, 11. 7. 1945. Tiroler Landesarchiv (TLA), Kanzlei Landeshauptmann (LH), Zl. 47/1 ex 1945; alle übrigen Schreiben: Ebd. sowie ohne Zahl zw. Zl. 66 und 67; auch: Tiroler Tageszeitung (TT), 18. 7. 1945, S. 1; zum „Einsammeln“ dieser Briefe in Osttirol siehe: Tiroler Volksbildungswerk (Hrsg.), Schritt halten. Ein Beitrag zur Tiroler Zeitgeschichte 1920/85, Iglis-Innsbruck o. J., S. 76.
- Gruber an Hibler, Innsbruck, 24. 7. 1945. TLA, Kanzlei LH, Zl. 47/1 ex 1945.
- Stenographische Berichte des Tiroler Landtages (Sten. Ber. TL), 2. Sitzung der provisorischen Tiroler Landesversammlung, 28. 8. 1945, S. 22.
- Kundratitz an Hibler, Innsbruck, 5. 9. 1945. Privatarchiv Hibler, Lienz-Peggetz.
- Chef der Militärregierung der französischen Besatzungszone Pierre Voizard an den Tiroler Landeshauptmann Alfons Weißgatterer, Innsbruck, 29. 11. 1945. TLA, Amt der Tiroler Landesregierung (ATL), Präsidium (Präs.), Zl. 145 bis 11 ex 1950, Sammelakt „Sonderstellung u. Rückführung Osttirols“; ebenfalls: TT, 22. 11. 1945, S. 1; Tiroler Amtsblatt, III. Stück, Nr. 59, 3. 11. 1945, S. 34 f.
- Kärntner Landesarchiv (KLA), Protokolle der Sitzungen des Kärntner Landtages, 16. Gesetzgebungsperiode, II. Tagung, 3. Sitzung, 29. 3. 1946, S. 73.
- Kofler, Osttirol, S. 24 f.
- Sten. Ber. TL, I. Periode (Per.), 1. Tagung (Tg.), 11. 12. 1945, S. 11 bis 24, 43 f.
- Rundschreiben Weißgatterer an alle Abteilungen der Landeshauptmannschaft, Innsbruck, 25. 3. 1946 (Abschrift). Ebd.
- Kundratitz an Weißgatterer, Innsbruck, 16. 3. 1946. TLA, ATL, Präs., Zl. 145-11 ex 1950.
- OB, 1. 2. 1946, S. 7; siehe auch: Auszug Schreiben Weißgatterer an Kundratitz, Innsbruck, 18. 2. 1946. TLA, ATL, Präs., Zl. 145 bis 11 ex 1950; zur Tätigkeit der Bezirks-

- hauptmänner: Tiroler Landesregierung (Hrsg.), 100 Jahre Bezirkshauptmannschaften in Tirol (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 1), Innsbruck 1972, S. 241.
- Sten. Ber. TL, I. Per., 2. Tg., 2. Sitzg., 1. 2. 1946, S. 123-126, 3. Sitzg., 27. 3. 1946, S. 11 bis 14; ebenfalls: Richard Schober, Geschichte des Tiroler Landtages im 19. und 20. Jahrhundert (mit einem Beitrag von Eberhard Lang), Innsbruck 1984, S. 476.
- Wilhelm Wadl, Das Jahr 1945 in Kärnten. Ein Überblick, Klagenfurt 1985, S. 60.
- Kofler, Osttirol, S. 243.
- OB, 31. 5. 1946, S. 1ff; Fr[anz]. Kr[anebitter], Wieder gutmachung an Osttirol. In: OB, 7. 6. 1946, S. 2.
- Zu die Aktenvermerke in: Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Bundeskanzleramt/Signaturreihe (ÖStA/AdR, BKA/SR), Zl. 51393-2a und Zl. 52219-2a ex 1946, GZ. 23098 bis 31 ex 1949, Sammelakt „Durchführung der Rückgliederung des Verwaltungsbezirkes Lienz an das Bundesland Tirol“.
- Cheetham an Seiller, Wien, 29. 11. 1946, Zl. 54298-2a ex 1946. Ebd.; für die englische Version: ÖStA/AdR, BKA/Verbindungsstelle (zum Alliierten Rat) (VSt), Verb. Zl. 1260/v ex 1946.
- Siehe die dementsprechende Korrespondenz im Sammelakt: ÖStA/AdR, BKA/SR, GZ. 23098-31 ex 1949.
- Cheetham an Figl, Wien, 13. 5. 1947, Zl. 46116-2a ex 1947. Ebd.; in Englisch: ÖStA/AdR, BKA/VSt, Verb. Zl. 1936/V ex 1947.
- Gruber an Mack, Wien, 10. 6. 1947. ÖStA/AdR, BKA/SR, Zl. 51672-2a ex 1947, GZ. 23098-31 ex 1949.
- Landesamtsdirektion Tirol an Landeschulräte für Tirol und Kärnten, Amt der Kärntner Landesregierung, Kundratitz, Generaldelegiertenchef der Kontrollmission Innsbruck und alle Stellen des ATL, Innsbruck, 5. 2. 1947. TLA, ATL, Präs., Zl. 145-11 ex 1950.
- Tiroler Landesamtsdirektor Stoll an Kärntner Landesamtsdirektor Newole, Innsbruck, 15. 7. 1947, Newole an Stoll, Klagenfurt, 19. 7. 1947. KLA, Landesamtsdirektion 1945 bis 1955, Schachtel III, Nr. 14, „Osttirol – Rückgliederung an Tirol“.
- OB, 8. 8. 1947, S. 2f; Denkschrift Kranebitter an Figl, Innsbruck, 4. 8. 1947 (Abschrift), TLA, Kanzlei LH, Zl. 97 ex 1947.
- Weißgatterer an Stimson, Innsbruck, 20. 8. 1947. Ebd.; zum Osttirol-Besuch von Weißgatterer und Kraus siehe: OB, 15. 8. 1947, S. 2, 22. 8. 1947, S. 2 f.
- Vereinbarung der Vertreter der Tiroler und Kärntner Landesregierungen, Klagenfurt, 18. 8. 1947. TLA, Kanzlei LH, Zl. 97 ex 1947.
- Steele an Bethouart, Wien, 28. 8. 1947 (Abschrift). ÖStA/AdR, BKA/SR, Zl. 52004-2a ex 1947, GZ. 23098-31 ex 1949.
- ÖStA/AdR, BKA, Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik Österreich, Figl I, Nr. 80, 16. 9. 1947, 1.
- Mack an Figl, Wien, 26. 9. 1947 (Abschrift), Bethouart an Figl, Wien, undatiert (Abschrift), ÖStA/AdR, BKA/SR, Zl. 53299-2a ex 1947, GZ. 23098-31 ex 1949.
- Protokoll der außerordentlichen Sitzung der Kärntner und Tiroler Landesregierungen im Spiegelsaal des Klagenfurter Regierungsgebäudes, Klagenfurt, 18. 10. 1947. KLA, Landesamtsdirektion, Handschrift 2.
- Sten. Ber. TL, Sondersitzung aus Anlaß der verfassungsmäßigen Rückgliederung Osttirols, 11. 11. 1947.
- Ausführlich: OB, 10. 10. 1947, S. 1, 17. 10. 1947, S. 1, 24. 10. 1947, S. 1-6.
- Rundschreiben Sektionschef Heiterer, Abt. 2, BKA, an alle Bundesministerien, die Generaldirektionen der Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Österreichischen Bundesbahnen, den Rechnungshof und die Abt. 1, 3 und 4 sowie das Präsidium des BKA, Wien, 30. 9. 1947. ÖStA/AdR, BKA/SR, Zl. 53299-2a ex 1947, GZ. 23098-31 ex 1949; ebenfalls: Zl. 52004-2a ex 1947. Ebd.
- Zu umfassenden Berichten Luggers: Sten. Ber. TL, Sondersitzung, 11. 11. 1947, S. 36-46; Alois Lugger, Zur Rückgliederung Osttirols ans Heimatland. In: OB, 12. 12. 1947, S. 4-7.
- Erlaß Wedenig, Klagenfurt, 9. 12. 1947. TLA, ATL, Präs., Zl. 145-11 ex 1950; einen Monat vorher hatte der Kärntner Landeshauptmann, in Anwesenheit des Lienzener Bezirkshauptmannes Otto Hosp und des Sonderbeauftragten Franz Kundratitz, die Absetzung des Lienzener Gymnasiumsleiters Groß als den beginnenden allgemeinen „Hinauswurf“ der Kärntner bezeichnet. Hosp an Stoll, Lienz, 11. 11. 1947. Ebd.
- Siehe hierzu: Mario Laich, Zwei Jahrhunderte Justiz in Tirol und Vorarlberg, Bozen-Innsbruck-Wien 1990, S. 258 ff; ÖStA/AdR, BKA/SR, Zl. 40530-2a ex 1949, GZ. 23098-31 ex 1949; Helmer an Landesgendarmeriekommando für Tirol, Wien, 28. 8. 1950 (Abschrift), TLA, ATL, Präs., Zl. 1113-11 ex 1950.
- Protokoll Tiroler Landesregierungssitzung, 24. 11. 1949. TLA, ATL, Präs., Zl. 145-11 ex 1950.
- ÖStA/AdR, BKA/Präs., Zl. 6366-PrM ex 1955, GZ. 5665-PrM-14/6 ex 1955; OB, 20. 9. 1956, S. 6, 4. 10. 1956, S. 8a.

#### IMPRESSUM DER OHBL.:

Redaktion: Univ.-Doz. Dr. Meinrad Pizzinini. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Anschrift des Autors dieser Nummer: Mag. Martin Kofler, A-9900 Lienz, Meraner Straße 3, zur Zeit University of New Orleans, Department of History, New Orleans, LA 70148, USA.

Manuskripte für die „Osttiroler Heimatblätter“ sind einzuzusenden an die Redaktion des „Osttiroler Bote“ oder an Dr. Meinrad Pizzinini, A-6176 Völs, Albertstraße 2a.